

Von der Vorschusskasse zur eingetragenen Genossenschaft Aus der Frühzeit der Endinger Volksbank (1868 – 1873)

Spurensuche in den Gründerjahren

Als die Empfehlungen Hermann Schultze-Delitzschs, Vorschussvereine auf solidarischer Grundlage zu gründen, um dem verbreiteten Zinswucher entgegenzutreten und günstige Kredite vergeben zu können, in den Staaten des Deutschen Zollvereins bzw. des Norddeutschen Bundes ab 1855 bis in die 1870er Jahre hinein zur Entstehung von Hunderten von regional und lokal arbeitenden Vorschusskassen führten, dachte sicherlich noch keiner der Akteure daran, welche Erkenntnisprobleme die Gründungswelle einer späteren Geschichtsschreibung einmal bereiten sollte. Doch ob Vorschussverein, -kasse oder schon eingetragene Genossenschaft – überall zeigt die Quellenlage dasselbe Bild. Außer wenigen dünnen Daten, wie sie in den Gründungsprotokollen mitsamt den Namen der Direktoren, Rechner, Controlleure und der Liste der Genossen überliefert sind, ist in der Regel nichts mehr vorhanden, das weiteren Aufschluss darüber geben könnte, wie sich jeweils und vor Ort ein geregelter Geschäftsbetrieb entwickelte und welche Hürden es dabei zu überwinden galt. Selbst nach etlichen Jahren sind außer der Anzahl und den Namen der neu eingetretenen Genossen sowie ersten gedruckten Rechenschaftsberichten kaum weitere Fakten greifbar. Folglich existiert bis heute auch noch keine beispielhafte wirtschafts- und sozialgeschichtliche – von alltags- und mentalitätshistorischen Untersuchungen gar nicht zu reden – Darstellung des Innenlebens eines Vorschussvereins aus dieser Zeit.

150 handschriftliche Blätter vom Kaiserstuhl

Im Archiv der Volksbank Freiburg, in welchem sich aufgrund der im Jahr 2001 erfolgten Fusion mit der Kaiserstühler Volksbank seither auch das historische Quellenmaterial des damaligen Endinger Vorschussvereins (dem Vorläufer der Endinger Volksbank, später der Kaiserstühler Volksbank) befindet, hat sich glücklicherweise ein außergewöhnliches Konvolut handschriftlichen Materials erhalten, das es gestattet, von der bislang ausschließlich vorherrschenden makrohistorischen einmal auf die mikrohistorische Ebene überzuwechseln. Es handelt sich um knapp 150 handschriftliche Blätter aus den Jahren 1868 bis 1874, die sich unter der Rubrik „Frühe Geschäftskorrespondenz“ zusammenfassen lassen. Mit Sicherheit ist eine unbestimmte Anzahl von ihnen verloren gegangen, was sich schon aus der Tatsache herleitet, dass etliche Vorgänge nur teilweise belegt sind, auf Anfragen etwa ein Antwortbrief fehlt u. dergl.

Was sich aber erhalten hat, ist für den historischen Erkenntnisgewinn ergiebig und wertvoll genug – schon weil sich in diesen fünf Jahren die Frühphase der Entwicklung von der (formalen) Gründung der Vorschusskasse im Februar 1868 bis zum geordneten Geschäftsbetrieb samt Eintragung ins Genossenschaftsregister und erstem gedrucktem Rechenschaftsbericht Ende 1873 vollzog. Dies geschah zudem in einem Zeitabschnitt, der von großen politischen Veränderungen geprägt war, deren Rückwirkungen wiederum in dieser Geschäftskorrespondenz ihre Spuren hinterlassen haben. Als Stichworte seien genannt: der deutsch-französische Krieg 1870/71 (der im Grenzgebiet am Oberrhein von besonderer Brisanz war) und seine ökonomischen Auswirkungen, die Gründung des Deutschen Reiches und die Währungsumstellung vom süddeutschen bzw. rheinischen Gulden auf die (Gold-) Mark.

Geschäftskorrespondenz als Entzifferungsprojekt

Schon von daher erschien das zeitaufwendige Vorhaben gerechtfertigt, die auf den Blättern erhaltene Korrespondenz zu transkribieren, zu digitalisieren und ihren Inhalt verfügbar zu machen, um auf diese Weise einmal en Detail die Bedingungen, Schwierigkeiten und Erfolge

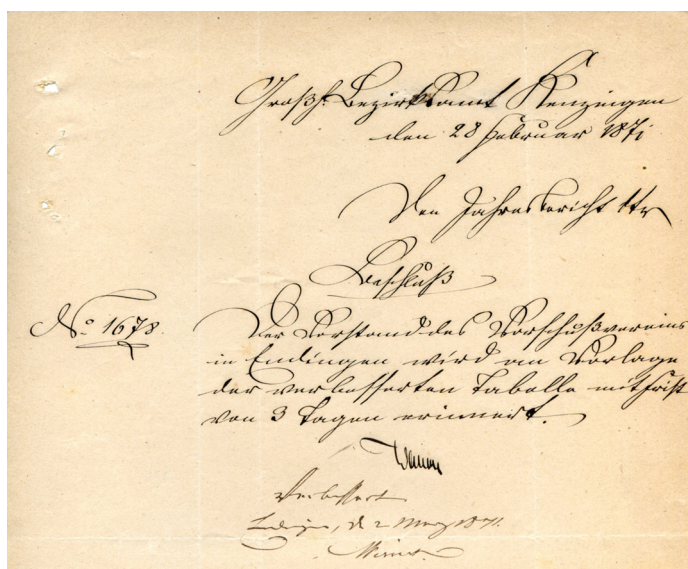
auf dem Weg zu einer eingetragenen Kreditgenossenschaft mit geordnetem Geschäftsbetrieb nachzeichnen zu können. Es gelang, etwa 85 bis 90 Prozent der Textmasse zu entziffern, womit eine zureichende Basis einer soliden Aufarbeitung und Bewertung gelegt werden konnte.

Durchgängig bedienten sich alle Schreiber der deutschen Schreibschrift, die (später) als so genannte Sütterlin-Schrift noch über Generationen hin zur schreibtechnischen Grundausbildung in den Schulen gehörte. Zwar finden sich auch lateinische Buchstaben, doch kommen sie nur vereinzelt vor: meist finden sie in Überschriften Verwendung. Naturgemäß boten manche Handschriften mehr Widerstand als andere. Mit Abstand am schwierigsten zu entziffern war „die Sauklaue“ des Endinger Bürgermeisters Michael Kniebühler, die immer wieder geradezu kriminalistisches Enttarnungsgespür erforderte – den Entzifferer aber auch immer wieder scheitern ließ.

Weniger Widerstände traten angesichts heute nicht mehr gebräuchlicher Schreibweisen auf (etwa „baar“ für „bar“), aber auch bei schlichten Orthografieschwächen mancher Schreiber (wie etwa beim Bürgermeister von Amoltern). Gewöhnungsbedürftig waren überdies damals übliche Abkürzungen, Maße, Gewichte, Amts- und Berufsbezeichnungen sowie regionalen Besonderheiten.

Von der ästhetischen Anmutung alter Briefe

Von ihrer ästhetischen Qualität und Anmutung zeigt diese frühe Geschäftskorrespondenz eine ganz eigene Prägung. Standardisierte Briefbögen etwa mit eingedrucktem Absender oder Ort, wie sie andernorts auch damals schon eine Selbstverständlichkeit waren, schienen in dieser Frühphase in Endingen noch jenseits des Vorstellbaren zu liegen. Dies gilt erstaunlicherweise aber nicht nur für den sich ja gerade erst formierenden Vorschussverein, sondern ebenso für die übergeordneten und damit weisungsbefugten Behörden oder Gerichte in Kenzingen oder Emmendingen, mit denen der Vereinsvorstand zwangsläufig zu tun bekam. In Endingen leistete man sich erstmals im Juni 1871 wenigstens ein „amtliches“ Zeichen: einen Stempel mit dem Schriftzug „Endinger Vorschussverein“, der bei juristisch relevanten Vorgängen wie etwa Bürgschaften den handschriftlich aufgesetzten Schreiben einen dokumentarisch-bestätigenden Charakter geben konnte. Doch erst nach der Eintragung ins Genossenschaftsregister 1873 ließ man sich Geschäftspapier mit entsprechendem Briefkopf (Endinger Volksbank e. G. m. u. H.) drucken.



Amtliches Schreiben ohne Briefkopf und Stempel des Großhrzgl. Bezirksamts (28. 2. 1871)
„Den Jahresbericht btr. Beschluß No. 1678: Der Vorstand des Vorschussvereins in Endingen
wird an Vorlage der verbesserten Tabelle mit frist von 3 Tagen erinnert...“

Unter diesen Umständen offenbart es durchaus seinen eigenen Charme, wenn sich im Briefverkehr etwa der Beamte des Großherzoglichen Bezirksamts in Kenzingen allein mithilfe seiner überaus energisch daherkommenden Handschrift Autorität und Respekt gegenüber seiner Klientel zu verschaffen suchte, um fehlendes Amtssiegel und Briefkopf zu kompensieren.

Schließlich mögen uns heute manche der Anredeformeln eigentümlich berühren. Einerseits Ausdruck bürgerlicher Gesellschaftskultur, spiegelt sich in ihnen immer wieder auch ein gutes Stück obrigkeitsstaatlichen Denkens. Formeln wie „Wohllöbliches Bürgermeisteramt“, „Verehrlicher Vorschussverein“ waren Standard; doch sie galten keineswegs nur im Briefverkehr „nach draußen“, sondern prägten Stil und Umgangston auch untereinander – wenn etwa der Bürgermeister dem Vereinvorsitzenden schrieb. Freilich fielen die Formeln immer dann besonderes devot aus, wenn sich das Gegenüber in einer schwachen Position sah – etwa als ein um Kredit anfragender Bittsteller.

Personen im Verein

Einen Vorschussverein in einem so kleinen Ort wie Endingen zu gründen erforderte Mut. Es bedeutete eine große Herausforderung an die besten Köpfe vor Ort, Energie und Fähigkeiten in den Dienst einer für die Gemeinschaft segensreichen Idee zu stellen. Ohne starke und gefestigte Persönlichkeiten, die sich mit aller Kraft diesem Projekt verschrieben hatten, wäre es nicht umsetzbar gewesen. Vor Ort waren damit natürlich vor allem die „Kopfarbeiter“ gefordert. Wer als geschickter Schreiber galt, war schon aufgrund dieser Fertigkeiten gefragt, in dieses Projekt eingebunden zu werden. Unabdingbar war die sukzessive Einarbeitung in Sachgebiete, mit denen die Beteiligten zuvor meist noch nicht einmal in Berührung gekommen waren. Eine bankfachliche Ausbildung besaß ja keiner von ihnen. So mussten sie sich ein Mindestmaß an finanzfachlichen, verwaltungstechnischen und vereinsrechtlichen Kenntnissen aneignen – neben der Belastung durch ihren Beruf.

In Endingen betraute man den Apotheker Wilhelm Pfefferle senior mit dem Posten des Direktors. Bei ihm konnte man sicher sein, dass er den Verein seriös nach außen repräsentierte und auch die Geschäftskorrespondenz sicher und ohne orthografische und stilistische Pannen abwickelte. Über zehn Jahre hin leitete Pfefferle als „Direktor“ (entspricht heute der Position des Vorstandsvorsitzenden, d.V.) die Geschicke des Vereins und vertrat ihn gegenüber Behörden und Gerichten.



Apotheker Wilhelm Pfefferle senior, Direktor des Vorschussvereins

Der eigentliche Spiritus Rector des Vorschussvereins in Endingen aber war Bürgermeister Michael Kniebühler. Als Initiator war es für ihn selbstverständlich, im Sinne von Handwerk, Handel und Gewerbe eben eine Volksbank als Spar- und Vorschusskasse zu gründen – und

nicht etwa eine Raiffeisenkasse, wie es angesichts des ländlichen Umfelds von Endingen ja ebenfalls denkbar gewesen wäre. Er bürgte auch dafür, dass die Gemeinde hinter dem Projekt stand und die Gewährleistung für die Einlagen übernahm.



Bürgermeister Michael Kniebühler (1813-1873)

Auch nach der Gründung zog sich Kniebühler keineswegs aus dem Projekt zurück, sondern begleitete dessen Weiterentwicklung als Mentor und Ideengeber, sodass der Vorschussverein als sein letztes großes Werk für Endingen bezeichnet werden kann (er starb im Jahre der Eintragung ins Genossenschaftsregister 1873).

Die enge Verzahnung mit „dem Rathaus“ war auch in anderer Weise hilfreich, vor allem im Hinblick auf die auf den Verein zukommenden buchhalterischen Anforderungen. Dafür schien der schon von Berufs wegen mit Zahlen befasste Rathausangestellte und Rentmeister (d.i. Buchhalter bzw. Stadtkämmerer, d.V.) Matthias Wissert der richtige Mann; er wurde zum „Rechner“ des Vereins bestellt.

Zudem musste eine ausreichende Zahl geeigneter Personen für den „Verwaltungsrath“ (entspricht heute dem Aufsichtsrat, d.V.) gefunden werden, um ein funktionierendes Kontrollgremium für die Aufgaben der Vorschusskasse zu haben. Hierfür kamen neben dem Bürgermeister selbst und seinem Rentmeister nur die besten Köpfe der Stadt in Frage wie die beiden niedergelassenen Ärzte Dr. Lang und Dr. Schwärzle, ferner ein Kaufmann, ein Küfermeister, der größte Gastwirt am Ort und natürlich der mächtigste Mann Endingens und größte Arbeitgeber der Stadt, der Schuhfabrikant Carl Loesch.

Alle Komponenten, die zur Gründung eines Vorschussvereins notwendig waren, konnten somit in Endingen aus eigener Kraft und ohne hinzugezogene Experten und Berater von außen gestellt werden. Das war auf dem Land zu dieser Zeit – und noch bis zum Ersten Weltkrieg! – keineswegs üblich. Immer wieder wurde nämlich ein Sachkundiger von außen, etwa ein Gewerbelehrer (so bei der Gründung der Volksbank Todtnau 1890) gebeten anzureisen, um die zusammengekommenen Gründungsmitglieder zu „instruieren“ und den Verein auf den Weg zu bringen. Nicht selten leitete der fremde Gewerbelehrer sogar die Versammlung und verfasste mitunter auch das Gründungsprotokoll, da sich unter den Anwesenden niemand dazu in der Lage sah.

Probejahr und Neuanfang 1869

Der Endinger Vorschussverein ging mit 128 Mitgliedern an den Start: Diese rekrutierten sich ausschließlich aus Endinger Bürgern. Gemessen an der Einwohnerzahl des Ortes und im Vergleich zum 30 Mal größeren Freiburg, wo mit gerade einmal 83 Mitgliedern im Jahr zuvor eine Gewerbebank (heute: Volksbank Freiburg) gegründet worden war, ist das ein geradezu phänomenaler Wert. Es lässt mehr als nur eine Ahnung davon aufkommen, was an Werbeaktivitäten im Vorfeld gelaufen sein musste.

Doch schon nach dem ersten Jahr war die Ernüchterung groß: Bei inzwischen 10 Neueintritten waren während des Jahres 1868 32 Mitglieder, teils auf eigenen Wunsch, teils gezwungenermaßen, ausgetreten, so dass Anfang 1869 per Saldo nur noch 106 Mitglieder im Verein verblieben waren; de facto stand also ein Mitgliederschwund von 22 Personen zu Buche. Das musste Apotheker Pfefferle, der am 13. März 1869 seinen ersten „statistischen Jahresbericht“ an das „großherzogliche Bezirksamt“ in Kenzingen schickte, kleinlaut einräumen.

Wo lagen die Ursache dafür und was war in dieser Situation zu tun? Offenbar hatte man zu sehr auf Quantität gesetzt, im Übereifer wohl auch eine Reihe ungeeigneter Personen aufgenommen, darüber hinaus vermutlich auch manchen, der es eigentlich nicht wollte, zum Eintritt überredet.

In den ersten Januartagen des Jahres 1869 wurde fieberhaft über eine neue, zukunftsichernde Strategie nachgedacht. Das Ergebnis war eine grundlegende Änderung der Statuten: fortan sollten auch Auswärtige – nach entsprechender Prüfung ihrer Verhältnisse – dem Verein beitreten dürfen. Diese Politik des Endinger Vorschussvereins (ab 1873 der Endinger Volksbank, ab 1955 Kaiserstühler Volksbank, ab 2001 Volksbank Freiburg, d.V.) ist bis heute in ihren Grundzügen gültig geblieben.

Ab Januar 1869 hieß es also, sich energisch über die Ortsgrenzen hinaus in die Nachbargemeinden vorzuarbeiten. Und so schrieb Apotheker Pfefferle bereits am 11. Februar 1869 einen Werbebrief an das „lößliche Bürgermeisteramt Amoltern“ (ca. 3 km von Endingen entfernt, heute ein Ortsteil, d.V.), worin er die Vorteile der neuen Sparkasse detailliert beschrieb: „Der Vorschussverein hat den Zweck, seinen Mitgliedern zum Betrieb ihrer Geschäfte Geld vorzuschießen. Das hierzu nötige Kapital wird theils durch die Spareinlagen, theils durch regelmäßige Beiträge als auch durch Anlehen eingebracht. Bey der am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde deshalb beschlossen, dass auch auswärtige Personen in den Vorschussverein aufgenommen werden sollen.“ Pfefferle schloss: „Für den Fall diese unsere Anregung bey der dortigen Bürgerschaft Anklang finden sollte, wäre man bereit, der Verständigung und näheren Erklärung der Sache, so eine Auslegung der einzelnen Paragraphen unserer Satzungen in einem hierzu geeigneten Lokale persönlich vorzunehmen, wozu das Bürgermeisteramt Tag und Stunde anberaumen wolle.“ Um dem Amolterer Bürgermeister das Vorhaben noch plausibler zu machen, fügte Pfefferle Zeitungsausschnitte von eben gegründeten Vorschusskassen in anderen Teilen Badens (Thiengen, Forchheim bei Ettlingen u.a.) bei.

Bürgermeister Nadler reagierte wie erhofft. Gleich wurde eine Werbeveranstaltung organisiert, auf der Pfefferle die Vorteile des Vereins erläuterte. Das Ergebnis war sehr ermutigend: Binnen einer Woche (21.- bis 26. 2. 1869) traten acht Amolterer Bürger dem Verein bei. Der Mitgliederschwund war gestoppt und eine positive Entwicklung eingeleitet.

Die neue auf nachhaltiges Vereinswachstum zielende Politik gewann in den Folgejahren bald an Dynamik. Am 1. Januar 1873 waren von 164 Mitgliedern 26 Auswärtige (knapp 16 %). Während des Jahres 1873 traten weitere 65 Personen dem Verein bei, darunter 23 auswärtige, sodass die Quote Ende des Jahres auf 21,6 % stieg. 1875 erreichte sie bereits 33 % (95 von 285), 1882 schon knapp 58 % (332 von 574), und 1887 stattliche 66 % (404 von 672).

„soll arbeitsam und nüchtern seyn“: Kriterien der Mitgliederaufnahme

Wie erfolgte nach dem Prinzip Qualität vor Quantität fortan die Einschätzung Eintrittswilliger? Waren die „Angemeldeten“ dem Vorsitzenden Pfefferle persönlich bekannt, konnte das Urteil lakonisch-knapp ausfallen: „August Saur, Zeugweber von hier, wünscht Mitglied des hiesigen Vorschussvereins zu werden. Derselbe ist zu empfehlen.“ (16. August 1871) Idealkandidat war der „häuslich brave Mann mit Vermögen“. Doch nicht allein Geld, auch guter Leumund und ein als solide bekannter Lebenswandel ebneten Beitrittswilligen den Weg: „Bittsteller ist als integrier, arbeitsamer Mann bekannt, daher der Aufnahme kein Hindernis im Wege steht.“

Schärfer hingesehen wurde natürlich bei Eintrittswilligen aus von Endingen weiter entfernten Orten wie etwa Bahlingen (10 km). Hier galt das Prinzip Augenschein plus Unterlagen. Am 29. Oktober 1870 vermerkte Pfefferle über den von dort stammenden Karl Friedrich Schmidt, Blechner: „Dem Äußeren nach zu schließen, sieht der Angemeldete solid aus und nach eingegangenen Erkundigungen besitzt derselbe Vermögen.“ Ähnlich die Einschätzung des Ignaz Jakob Häuber, jung, Landwirt von Bahlingen: „Laut vorliegendem Vermögenszeugnis besitzt der Angemeldete feine Liegenschaften und soll zahlungsfähig sein, weshalb der Aufnahme kein Hinderniß im Wege steht.“ Bei jüngeren Leuten war die Skepsis natürlich größer. Da war es gut, wenn man sie unter sozialer Kontrolle wusste: „Nach eingegangener Erkundigung ist der Angemeldete der Sohn des t (= toten) Anton Fränzle, lebt bei seiner Mutter, hat angefallenes Vermögen, soll sehr arbeitsam und nüchtern seyn; kann somit in den Verein aufgenommen werden.“

Natürlich waren die „Angemeldeten“ ihrerseits gut beraten, in ihren Gesuchen formvollendete Manieren an den Tag zu legen – wie etwa der Sonnewirt aus Amoltern: „Hochgeehrtester Vorstand des Vereins in Endingen. Der Unterzeichnete ist willens, sich als Mitglied des Sparkassenvereins aufnehmen zu lassen, bittet deshalb verehrtesten Vorstand, das Nöthige hierzu anordnen zu wollen. Bittet zugleich auch um wohlgefällige Nachricht um die Statuten zu unterzeichnen und das Einleger-Geld zu entrichten. Achtungsvollst...“ Auch das Bewerbungsschreiben Johann Scherzingers aus Riegel dürfte mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen worden sein: „Der Unterzeichnete wünscht als actives Mitglied des Vorschussvereins Endingen aufgenommen zu werden, mit dem Bemerken, das man die Verbindlichkeiten bereitwilligst vollziehen wird.“ (21. Mai 1871)

Natürlich war nicht jeder Aufnahmewillige schreiberisch und stilistisch so geschickt. In diesen Fällen setzte sich Pfefferle als wohlmeinender Treuhänder für ihn ein: „Der Unterzeichnete Joseph Malder, Landwirth von hier, wünscht Mitglied des hiesigen Vorschussvereins zu werden u. verspricht unseren Satzungen pünktlich nachzukommen.“ (1. Oktober 1872)

Einübung in die Aufsichtspflicht

War Kniebühler der Ideengeber und Mentor des Vorschussverein, so kann Pfefferle als sein Motor bezeichnet werden. Er trug Sorge dafür, dass dessen Organe funktionierten, z.B. durch regelmäßige Sitzungen des Verwaltungsrats. Schließlich musste dieses Organ über jede Neuaufnahme mit einer beschlussfähigen Anzahl von Mitgliedern befinden. Hieran freilich haperte es sehr, und so begann sich Pfefferle schon bald um das Ansehen des Vereins zu sorgen – vor allem in Hinblick auf eintrittswillige Kandidaten, denen doch möglichst schnell ein positiver Bescheid zugestellt werden sollte. Bereits am 12. April 1868 – gerade einmal zwei Monate nach Vereinsgründung – mahnte er mangelndes Engagement an:

„Nachdem zu der auf gestern Abend anberaumten Sitzung des Verwaltungsraths nicht die beschlussfähige Anzahl an Mitgliedern erschienen, und eine 2. Einladung ebenso ungünstig sich zeigen könnte, die Angemeldeten aber im Interesse des

Vereins selbst nicht so lange in Zweifel hingehalten werden sollten, sieht man sich veranlasst, vom § 7 der Statuten Gebrauch zu machen und den Mitgliedern des Verwaltungsraths auf diesem Wege anzugehen, ihre Erklärung, ob aufzunehmen, wenn nicht, abzugeben.“

Es sollte nicht Pfefferles letzte Klage über unzureichende Präsenz bleiben. Beharrlich versuchte er in der Folgezeit, die Mitglieder des Verwaltungsrats an ihre Pflichten zu erinnern, sehr oft allerdings ohne Erfolg. Als am 26 April 1869 nur drei von sieben anwesend waren, nannte er die Nicht-Erschienenen erstmals beim Namen: „Besagte Mitglieder sind bey der Verwaltungsratssitzung a 25. d.M. nicht anwesend gewesen, werden somit veranlasst, den Beschlüssen ihre Zustimmung zu ertheilen oder Gegenerklärungen hier abzugeben.“ Kaum eine Woche später beklagte er sich wieder: „Da bey der auf den 30ten d. M. anberaumten Sitzung nicht die beschlussfähige Anzahl von Mitgliedern erschienen u. größtenteils unentschuldigt ausgeblieben, sieht man sich zu der Bemerkung veranlasst, dass durch gleichgültige Anschauung der Sache der Verein nothleiden muss, indem die Vorlagen von einer Woche auf die andere verschoben“ würden. Am Ende blieb Pfefferle nichts anderes übrig, als „auf dem Wege der Circulation“ dafür zu sorgen, dass die nötige Anzahl an Unterschriften beigebracht wurde.

Freilich täte man den Verwaltungsratsmitgliedern Unrecht, würde man ausschließlich Trägheit und Faulheit als Ursache seines schlechten Funktionierens sehen wollen. Die Kommunikationsmöglichkeiten zu jener Zeit waren – vor allem auf dem Land – rar, unterentwickelt und langsam. Es gab außer der schriftlichen Einladung nur ein „Nachfassen“ durch den herumgeschickten Gemeindediener – ein zeitaufwendiges und oft erfolgloses Mittel.

Krise des Verwaltungsrats

In einem so kleinen Ort wie Endingen, wo jeder jeden kennt, gibt es aus persönlichen Enttäuschungen, Abhängigkeiten usw. erwachsene Abneigungen und Animositäten, die sich über Generationen hin geradezu schicksalhaft fortschreiben. Solcherart Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden im Sommer 1870 sogar aktenkundig.

Der angestammte Versammlungsort des Vorschussvereins war der „Leseraum“ im Gasthof Löwen. Dessen Wirt Anton Wissert war Mitglied des Verwaltungsrats – ebenso wie der mächtigste Mann am Ort, der Schuhfabrikant Carl Loesch. Zwischen beiden bestand offenbar schon zuvor eine tiefe Abneigung. Am 29. Juli 1870 nun vermerkte Pfefferle in der Einladung zur anstehenden Verwaltungsratssitzung, Loesch „bedauere, nicht in den Löwen gehen zu können.“ Mehrfach wandte sich Pfefferle an Bürgermeister Kniebühler, ihm doch ersatzweise den Rathaussaal für Verwaltungsratssitzungen zur Verfügung zu stellen, weil er hoffte, dass an diesem neutralen Ort ein reibungsloser Ablauf stattfinden könnte. Auch wenn dies von Fall zu Fall ermöglicht werden konnte, an den Animositäten selbst änderte es freilich nichts.

In den ersten Septembertagen 1870 kam es zum Eklat: Carl Loesch schrieb an den Vorsitzenden Pfefferle diesen Brief:

„Nachdem das Benehmen des Ausschußmitgliedes u. Löwenwirth A. Wissert mir gegenüber bei einer Gelegenheit im Schützengarten dahier, in der Art für mich erzürnendes war/: man möge mir bedenken, dass in seiner nächsten Nähe sein Freund Hügler, der in höchst unartigster Weise meinem jungen braven Arbeiter vor mir begegnete und deshalb von mir, wie nicht anderst möglich, wurd zurecht gewiesen, dieser Herr Hügler unterstand sich mich auf niederträchtigste Art zu beschimpfen, er wendete u.a. auch den Hindern gegen mich, während er mit seinen

*Händen darauf schlug, er rief seinen Hund hierbei und erklärte offen der Gerber Lösch wäre weit weniger als dieser Hund.
Nicht daran denkend, den jungen Menschen zurecht zu weisen, hat im Gegentheil der Herr Bezirksrath u. Gemeinderath Wissert noch offen die Partei seiner Trinkgenossen ergriffen – unter diesen Umständen darf man es mir nicht übel deuten, wenn ich nicht sofort könnte mit diesen Kollegen rathen (d.i. = zur Verwaltungsratssitzung zusammenkommen, d. V.) und sogar in dessen Behausung (d.i. im Lesezimmer im Gasthof Löwen, d. V.). Kein Vereinsmitglied, überhaupt kein restlicher Bürger kann mir, aufgeklärt von der Sache, es zumuthen.
Damit nun aber diese Sache in dem so wichtigen Verein keinerlei Hinderung weiter verursacht, so reiche ich hiermit meine Entlassung als Ausschussmitglied des Vereins ein.
Es ist bestimmt, dass Herr Dr. Lang von hier wegzieht und weiß ich auch bestimmt, dass Sie in dessen Sinne handeln, wenn Sie, im Interesse des Vereins, gleichzeitig auch für ihn meinen Stellvertreter wählen lassen.
Mit ergebenster Achtung Carl Loesch“*

Der Rückzug des größten Arbeitgebers der Stadt aus dem Verwaltungsrat stürzte den Verein in eine tiefe Krise. Wie würde sich Fabrikant Loesch in Zukunft verhalten? Und wie viele Endinger Bürger, da von ihm ökonomisch abhängig und/oder seine Parteigänger, würden sich vom Verein abwenden, oder diesen, wenn sie ihn schon nicht offen bekämpften, insgeheim sabotieren? Umso mehr schien jetzt die Strategie gerechtfertigt, verstärkt Mitglieder außerhalb Endingens zu suchen, um unabhängiger von den allzu engen Verhältnissen am Ort selbst zu werden.

Ob Loesch – wie seine Darstellung glauben machen will – nur das Opfer einer Provokation war oder ob er selbst zur Eskalation entscheidend beigetragen hat („er wurde, wie nicht anders möglich, von mir zurecht gewiesen...“), lässt sich nicht mehr entscheiden. Für den patriarchalisch denkenden Fabrikanten müssen die neuen demokratischen Gepflogenheiten in einem vielköpfigen Gremium wie dem Verwaltungsrat eines Vorschussvereins auch zutiefst wesensfremd gewesen sein.

Vorschussvereine tauschen sich aus

Es ist aufschlussreich, einmal den Briefverkehr zwischen einzelnen Vorschussvereinen in dieser frühen Zeit zu verfolgen. Er belegt eindrucksvoll, dass die Schultze-Delitzschen Ideen letztlich erst in Verbindung mit praktischen Erfahrungen und in gegenseitigem Erfahrungsaustausch „vor Ort“ zu jener gewaltigen Gründungsdynamik bei den Vorschusskassen führten, die uns noch heute so viel Respekt abnötigt.

Die Nachricht, dass auch in Endingen ein Vorschussverein gegründet worden sei, muss sich im Großherzogtum Baden rasch verbreitet haben. Schon am 8. Juli 1868 traf ein Brief des „Referendars“ Theodor Singer als Bühl ein, in welchem dieser sich nähere Informationen über das Projekt erbat, da auch „in Bühl und Steinbach die Gründung einer Vorschusskasse beabsichtigt“ sei: „Da die hiesigen Verhältnisse mit denen Endingens einigermaßen verwandt sind, stellt Unterzeichneter das Ansuchen, ein Formular dortiger Statuten baldigst unter der unterzeichneten Adresse mittheilen und die verwachsenen Kosten nachnehmen zu wollen.“ Selbstverständlich wurde der Bitte entsprochen.

Die Kommunikation zwischen den Vorschussvereinen verlief aber keineswegs nur auf der Direktionsebene, sondern mitunter auch auf der Ebene der Rechner. Kurz nach Beginn des deutsch-französischen Krieges Mitte Juli 1870 muss Rentmeister Matthias Wissert als Rechner des Endinger Vorschussvereins bei seinem Kollegen von der Lahrer Gewerbebank angefragt haben, wie man es denn jetzt mit der Kreditpolitik halte. Rechner Wagemanns Antwort vom 27. Juli zeigte in drastischen Worten, wie sehr der Krieg schon in den ersten

Tagen alles zivile Leben erstickte: „Wir geben seit Anfang der Woche keine Anlehen mehr und kaufen keine Wechsel mehr, sondern halten unser bischen bares Geld zu Kasse um solche Leute, welche Capital mit kürzerer 8 Tagefrist (glücklicher Weise sehr wenig) bei uns angelegt haben & solche welche in laufender Rechnung bei uns zu gut haben, genügen zu können, wenn sie Geld verlangen.“ Der „gegenwärtige Kriegsfall“ habe dafür gesorgt, dass „Ausnahmemaßnahmen alle Statuten & Bedingungen aufheben“.

Bemerkenswert war in diesem Fall auch, dass über die Lahrer Gewerbebank Prinzipien der Geschäftspolitik der Freiburger Gewerbebank nach Endingen gelangten. Rechner Wagemann zitierte nämlich: „Die Freiburger Gewerbebank schrieb mir schon am 23.1. wörtlich folgendes: ‚Geld zu beschaffen ist gegenwärtig bei uns eine schwierige Aufgabe, sodass wir seit einigen Tagen das Vorschuss, Wechsel, Disconto-Geschäft bis auf Weiteres gänzlich suspendiert haben und uns auf Rückzahlung zurückgeforderter Capitalanlehen beschränken müssen.‘“

Wie wichtig der Informationsaustausch untereinander war – vor allem im Hinblick auf das im Sommer 1873 anstehende Projekt der Eintragung ins Genossenschaftsregister – dokumentiert insbesondere der Briefverkehr mit solchen Vorschussvereinen, die das damit verbundene Procedere schon hinter sich gebracht hatten. Im August 1873 berichteten die Kollegen aus Mühlburg bei Karlsruhe von ihren Erfahrungen auf dem Wege zur eingetragenen Genossenschaft in einem ausführlichen Schreiben:

*In das Genoßenschaftsregister sind wir seit dem Juli 1872 eingetragen...
Sie haben eben die Statuten dem Genossenschaftsgesetz anpassend zu entwerfen
und dem Amtsgericht zur Genehmigung und zum Eintrag in das
Genossenschaftsregister einzureichen. Das Genossenschaftsgesetz ist nothwendig,
im Verein anzuschaffen. Wir senden Ihnen unter Kreuzband ein Exemplar unserer
Statuten.
Sitzungen haltet unser Verwaltungsrath nur bei außerordentlichen Fällen, die
Bewilligung der Vorschüsse ist dem engeren Vorstände überlassen....
Bezüglich des Rechners hängt von dessen Tüchtigkeit, Rechtschaffenheit und
Ehrlichkeit der Fortbestand des Vereins ab, denn das ist die Sache des Vereins....
Wir haben bei unserem Verein auch einen Spar-Verein, welcher bereits ein Capital
von fl. 60.000 hält. Spargelder sind von großem Vortheil für einen Vorschuss-Verein,
indem die Gelder nur 3 ½ Prozent kosten und daher dieser mitverbundene Verein
sehr zu empfehlen ist...
Was die Controlle gegen den Rechner betrifft, so ist solche schwer, ja ich möchte
sagen, nicht leicht möglich, weil der Vorstand nicht in einem Bureau beisammen ist....
Aus diesem allem Gesagten geht hervor, dass der Rechner ein fleißiger, in Geld und
der Rechnung gewandter, aber auch ein durch und durch ehrlicher und des
Vertrauens der einzelnen Mitglieder in guten vermöglichen Verhältnissen stehender
Mann sein muss.
Wenn Sie noch weitere Auskunft zu haben wünschen, so sind wir gerne erbötig,
solche zu geben.
Spar & Vorschussverein Mühlburg
Eingetragene Genossenschaft.“*

Solche freimütig übermittelten Informationen (Zusendung der Statuten etc.) dürften im Hinblick auf eine erfolgreiche Anmeldung des Vorschussvereins ins Genossenschaftsregister ebenso unverzichtbar wie ermutigend gewesen sein.

Auf Wachstumskurs nach dem dt.-frz. Krieg

Nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges und der Reichsgründung kam das Wirtschaftsleben im Frühjahr 1871 allmählich wieder in Gang. Auch beim Endinger

Vorschussverein war die Aufwärtsentwicklung deutlich spürbar. Der Mitgliederzuwachs beschleunigte sich, nicht zuletzt weil der Verein jetzt auch außerhalb Endingsens im gesamten Raum Emmendingen/Nördlicher Kaiserstuhl stärker wahrgenommen wurde. Eine willkommene Empfehlung stellte auch die erste große Darstellung seiner Aktivitäten im „Hachberger Boten“ vom 1. Juni 1871 dar, dessen Verfasser – nach ausführlicher Darstellung des Geschäftsergebnisses – auf die grundlegenden Vorteile des Vorschussvereins zu sprechen kam:

„Wenn man nun bedenkt, dass bei der hiesigen Kasse jedes Kapital schon vom nächsten Monat, nach der Einzahlung an verzinst wird, während die meisten Sparkassen erst nach halbjähriger Einzahlung verzinsen, so springt der große Vortheil der hiesigen Anstalt sogleich in die Augen.

Ein weiterer Vortheil besteht aber noch darin, dass Einleger welche zugleich Mitglieder des Vereines sind, (was zum bloßen Geldanlegen nicht notwendig) jeden Augenblick so viel Geld als ihre Einlage beträgt aufnehmen können, ohne dass deßhalb ihre Kapitalanlage unterbrochen wird. Besonders angenehm ist diese Einrichtung bei sich unerwartet zeigenden Geschäftsvortheilen.

Zur Sicherheit für die Anleger hat die Stadtgemeinde mit Genehmigung der Staatsbehörde die Garantie mitübernommen.

Aber auch demjenigen, dessen Verhältnisse Kapitalanlagen nicht gestatten, sondern der hin und wieder fremde Gelder braucht, ist der Verein sehr zu empfehlen. Ist Jemand als Mitglied aufgenommen, so erhält er statutengemäß jeden Augenblick mittelst eines annehmbaren Bürgen zu mäßigen Zinsen eine entsprechende Summe. Der Verein kann daher besonders der unbemittelten Landwirtschaft, die so oft den verschiedenen Wucherern in die Hände fällt, und durch die schon so mancher brave Landwirth zu Grunde gerichtet wurde, nicht genug empfohlen werden.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, dass sämtliche einsichtsvolle Bewohner der Umgebung mitwirken ein Institut, das sich so schöne Ziele gesteckt und theilweise schon erreicht hat, immer mehr zu heben, zum Gedeihen für die ganze Gegend!“

Es blieb nicht aus, dass je mehr der Verein wuchs und je bekannter er wurde, desto mehr Herausforderungen auf ihn zukamen. Steigende Mitgliederzahlen spülten mehr Geldmittel in die Kasse, was die Vereinsführung zunehmend unter Druck setzte, nach guten und sicheren Anlagemöglichkeiten zu suchen. Auf der anderen Seite führte das zunehmende Kreditgeschäft zu ersten juristischen Auseinandersetzungen, wenn Bürgen ausfielen, Schuldner ihren Verpflichtungen nicht nachkamen oder gepfändet werden musste: „Nachdem gegen ihren Vater auf den 16. Juni 73 Liegenschaftsverfügung anberaumt ist, ersuchen wir Sie, die zwey Posten, für welche Ihr Vater Ihnen bey der Kasse des Vorschussvereins Bürgschaft leistet, binnen 3 Tagen einen andern Bürgen zu stellen, oder aber beide Posten abzutragen, im andern Fall richterlich eingeschritten werden müsste.“ (24. Mai 1873)

Dass der Endinger Vorschussverein zunehmend auch außerhalb Badens wahrgenommen und als potenzieller Geschäftspartner angesehen wurde, belegen zwei Werbebriefe von größeren Instituten, die im Laufe des Jahres 1872 eintrafen und in denen Wertpapiere als Kapitalanlagen angeboten wurden. Anfang August „beehrte sich“ die Rheinische Hypobank in Mannheim, „Ihnen in der Anlage zwei Prospecte in Betreff unserer fünfprozentigen Pfandbriefe zu übersenden“, im November sogar die Preussische Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin, die ihre fünfprozentigen Hypothekenbriefe anpries.

Schritte auf dem Weg zur Professionalisierung

Wie kann man sich heute den Alltag eines Vorschussvereins vorstellen, dem am Anfang so gut wie alles fehlte – vom Briefbogen bis zum Geschäftslokal?

Anhand von fünf Fallbeispielen soll im Folgenden dargestellt werden, was die Beteiligten als Defizit des Vereins empfanden und was sie unternahmen, um Abhilfe zu schaffen auf dem Weg zu einer „richtigen“ und professionell arbeitenden Kreditgenossenschaft.

1.) Das Sparbuch-Projekt

In den ersten beiden Jahren seines Bestehens (1868-1870) verfügte der Endinger Spar- und Vorschussvereins außer über gedruckte (und somit immerhin versandfähige) Statuten nur über das sogenannte Hauptbuch sowie vorgedruckte Quittungszettel, die als Belege für die Einzahler ausgegeben wurden. Im April 1870 nun brachte Bürgermeister Kniebühler erstmals Ideen zu Papier, wie sich Statuten und Einzahlungsbelege womöglich in einem Sparbüchlein zusammenfassen ließen. Seine Vorschläge, auf einem Doppelblatt im Archiv der Volksbank Freiburg erhalten, sind im Hinblick auf Gestaltung und zeitgemäßes „Design“ überaus aufschlussreich. In Analogie zum Hauptbuch (Überschrift: „Mit Gott!“) schien Kniebühler auch hier das christliche Motto unverzichtbar: „Alles mit Gott, nichts ohne ihn. Statuten der Sparkasse Endingen. Sparbüchlein No....“



Ausschnitt aus Kniebühlers Design-Ideen für ein zu druckendes Sparbuch (April 1870)

Doch dies allein schien ihm offenbar noch zu wenig. Andere Wort- und Bildelemente, die den Sinn des Sparen beschwören und eine werbende Wirkung entfalten konnten, sollten hinzutreten. Da es zu dieser Zeit noch keine Werbeslogans in unserem Verständnis des Wortes gab, suchte Kniebühler nach allgemeingültigen Sprüchen mit pädagogischer Tendenz. Fündig wurde er im Schatz deutscher Sprichwörter, von denen er gleich eine ganze Reihe notierte: „Viele Wenig machen ein Viel!“, „Sammle als wie die Bienen in der Zeit, so hast du in der Noth!“; „Reichthum wird wenig, wo man es vergeudet, was man aber zusammenhält, wird groß!“; „Wer in der Jugend spart, der darbt im Alter nicht!“ – ergänzt um eine kleine Kollektion moralischer Sentenzen wie „Rechtschaffenheit, Eintracht, Fleiß und Sparsamkeit sind die besten Stützen des Wohlstandes“ oder „Wehe dem, der sein Gut mehret mit fremdem Gut. Wie lange wird es währen?“ (angesichts der momentanen Finanzkrise ein durchaus sinnreicher Spruch!). Schlussendlich nahm Kniebühler Anleihen

beim alemannischen Dichter Johann Peter Hebel und notierte dessen Verse aus der dritten Strophe seines Gedichts „Der Wegweiser“ als mögliches Sparbuch-Motto:

„Weisch, wo der Weg zum Gulden isch,
er goht de rothe Chrüzere no,
und wer nit uf de Chrüzer luogt,
der wird zum Gulde schwerli cho!“

(Weißt du, wo der Weg zum Gulden ist?
Er geht den roten Kreuzern nach.
Und wer nicht auf den Kreuzer schaut,
der wird zum Gulden schwerlich kommen.)

Als Visualisierung des Spargedankens fügte Kniebühler schließlich noch die Handzeichnung eines stilisierten Bienenkorbs dazu.

Dass sich der Bürgermeister von Endingen so intensiv mit den sprachlichen und gestalterischen Aspekten eines zu druckenden Sparbuchs beschäftigte, hatte viel mit seinen persönlichen Neigungen zu tun. Als musisch veranlagter Mensch war Kniebühler sogar mit einem Versepos, der Spukgeschichte vom „Hobelmann als Geisterseher oder die Geistersagen von Endingen“ als Poet hervorgetreten.

Vergleicht man Kniebühlers Notizen mit echten Sparbüchern aus späterer Zeit, so erweisen sich seine Ideen als geradezu visionär. 60 (in Worten: sechzig!) Jahre später präsentierten sich Raiffeisen-Sparbücher in ganz Deutschland fast durchgängig geradezu im „Kniebühler-Design“ mit Bienenkorb-Logo und mahnendem Sprichwort als Schmuck.



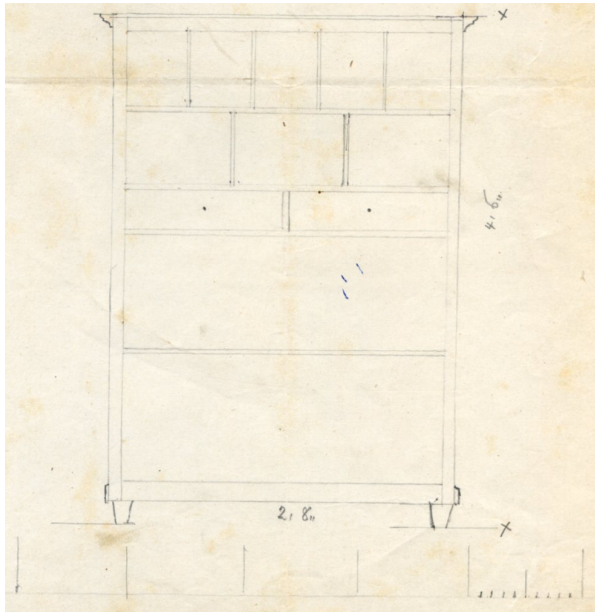
Sparbuch der Spar- und Darlehenskasse Kiechlinsbergen/Kaiserstuhl von 1938 im „Kniebühler-Design“ mit Bienenkorb-Schmuck und Motivationsspruchwort innen

Und selbst die von ihm favorisierten Hebel-Verse tauchten 40 Jahre später (1912) als Sinnspruch auf einer Pfennig-Sparkarte der Bauern-Vereins-Organisation auf!

2.) Das Geldschrank-Projekt

Auch dreieinhalb Jahre nach seiner Gründung im Februar 1868 hatte der Endinger Vorschussverein weder Geschäftsräume noch einen sicheren Platz für sein Bargeld, seine Dokumente und Wertpapiere. Dies sollte sich im Herbst 1872 ändern. Vom 3. Oktober datiert

eine Handwerkerrechnung, die auf der Rückseite die Konstruktionszeichnung eines Schrankes (ein „Kästchen von Tannenholz zur Aufbewahrung der Bücher und Schriften“) wiedergibt. Bei den angegebenen Maßen (4,6 „ hoch, 2,8 „ breit und 1,3 „ tief) dürfte es sich um die badische Halbelle mit 30 cm gehandelt haben, sodass dieses „Kästchen“ 1,38 m in der Höhe und 84 cm in der Breite maß, bei einer Tiefe von 39 cm. Der Schreiner berechnete dafür „samt Holz, Beschlag mit gutem Schloss“ acht Gulden und 36 Kreuzer, was nach heutigem Gegenwert etwa 130 Euro entspricht.



Konstruktionszeichnung für einen Geldschrank (3. Oktober 1872)

3.) Das Vereinsrechner-Projekt

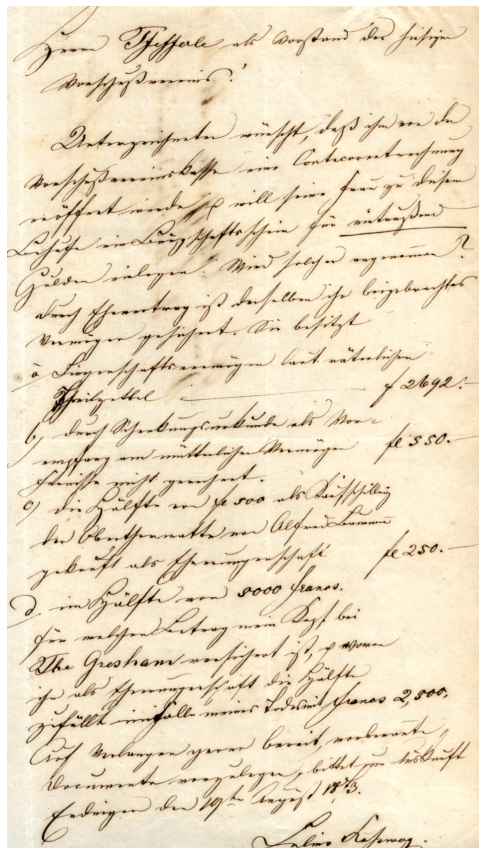
Der nach dem Ende des Krieges im Sommer 1871 kontinuierlich ansteigende Arbeitsaufwand führte im Frühjahr 1872 dazu, dass Rentmeister Matthias Wissert seinen Posten als Rechner wegen der Doppelbelastung auf dem Rathaus und für den Verein endgültig niederlegte. Zum seinem Nachfolger wurde der Endinger Kaufmann Carl Lederle berufen: „In der am 7. des Monats abgehaltenen Generalversammlung sind Sie nun einstimmig zum Vereinsrechner fürs Jahr 1872 ernannt worden. Der Verwaltungsrath hat dem neuen Rechner ein Honorar von einhundert Gulden für betr. Zeit auszuwerfen und dabei die Bestimmung getroffen, dass derselbe eine Bürgschaft zu stellen habe, die den etwaigen Verlust, welcher der Vereinskasse - sowohl des Vorschussvereins als der Sparkasse - während seiner Dienstführung durch sein Verschulden erleiden sollte, zu ersetzen hat.“

Damit hatte der Verein erstmals einen Rechner, der seine ungeteilte Aufmerksamkeit auf die anstehenden buchhalterischen Vorgänge richten konnte, auch wenn die Höhe der Entlohnung (nach heutigem Wert etwa 1600 Euro) darauf schließen lässt, dass es sich keineswegs um eine Vollzeitstelle gehandelt haben dürfte.

4.) Das Conto-Corrent-Projekt

Im September 1873 erreichte den Verein eine Anfrage, die über die bis dahin üblichen Geschäftsvorgänge weit hinausging. Der Endinger Kaufmann Julius Rosswog wünschte sich zur bequemerem Abwicklung seiner Geschäfte die Eröffnung einer „Contocorrentrechnung“ (heute ein schlichtes Giro-Konto, d.V.).

Julius Rosswog war im Vorschussverein kein Unbekannter. Vereinsmitglied von Anfang an, war er nach dem Ausscheiden von Carl Loesch in den Verwaltungsrat gewählt worden. Gleichwohl scheint die Ausdehnung des Bankgeschäftes in Richtung Conto-Corrent zu jener Zeit (und vor der Eintragung ins Genossenschaftsregister) etwas ganz Außergewöhnliches gewesen zu sein.



Fast 70.000 Euro an Sicherheiten nur für die Eröffnung von „Conto-Corrent“...

Das jedenfalls lässt sich aus dem Umstand schließen, welche und wie viel an Sicherheiten Rosswog für dieses „Wagnis“ in die Waagschale meinte werfen zu müssen. Neben einer in Aussicht gestellten Bürgschaft vonseiten seiner Ehefrau über 1000 Gulden führte er Liegenschaften im Wert von 2692 Gulden, weitere Vermögenswerte und sogar noch eine Lebensversicherung als Sicherheiten ins Feld, insgesamt fast 4.500 Gulden, nach heutigem Wert also knapp 70.000 Euro an Sicherheiten – für eine bankfachliche Serviceleistung, die nach heutigen Verständnis ein einfaches Giro-Konto ist!

Der Verein ging dieses „Wagnis“ ein. Am 28. Dezember 1873 wurde Rosswog auf Conto-Corrent-Rechnung 800 Gulden (ca. 12.500 Euro) an Vorschuss gewährt.

5.) Das „Volksbank e.G.“-Projekt

Die größte und schwerste Hürde auf dem Weg zu einem professionell arbeitenden Bankinstitut war natürlich die ab Sommer 1873 betriebene Eintragung ins Genossenschaftsregister und die damit angestrebte Zertifizierung „Volksbank e.G.“

Mit Ämtern und Gerichten hatte Vorstand Pfefferle schon reichlich Erfahrungen gemacht und manches Lehrgeld gezahlt. Schon sein erster schülerhaft daherkommender Jahresbericht für 1868 war im Mai 1869 vom Großherzoglichen Bezirksamt in Kenzingen barsch

Kaum anders verlief der Versuch der Eintragung zum Handelsregister. Am 10. Dezember 1872 wies das Großherzogliche Amtsgericht in Emmendingen Pfefferles diesbezüglichen Vorstoß rüde zurück: „Dem Vorstand des Vorschussvereins in Endingen wird auf seine Eingabe vom 1./?/ Oktober erwidert, dass vor dem erbetenen Eintrag ins Handelsregister zunächst einmal der Vorschrift des § 4 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1868 über die Genossenschaften nach dem Gesetze & Verordnungsblatt von 1870 S. 74 Genüge zu leisten“ sei. Als Gebühr für den amtlichen Bescheid wurden überdies 6 Gulden (ca. 95 Euro) fällig.

[illegible]

Für einen Nicht-Verwaltungsfachmann und Nicht-Juristen wie Apotheker Pfefferle, der als Vorstand eines Vorschussvereins diesen ja voran bringen wollte, waren solch wiederkehrende Zurechtweisungen und Abmahnungen nicht eben ermutigend. Wo hätte er sich jene Kenntnisse beschaffen sollen, wie sie hier abgefordert wurden? Vor diesem

Hintergrund wird erneut deutlich, wie wichtig der oben aufgezeigte Austausch unter den einzelnen Vorschussvereinen war, wie wertvoll für die Weiterentwicklung des eigenen Vereins die Übersendung der Statuten befreundeter Vereine samt Hinweisen, Erfahrungswerten, Einschätzungen usw.

Da im Sommer 1873 aber auch der Antrag des Endinger Vorschussvereins auf Eintragung in das Genossenschaftsregister eingereicht worden war, hielt es zuständige Beamte doch endlich für angebracht, Pfefferle zu „einer gemeinsamen Berathung“ vorzuladen, da „die vor wenigen Tagen bei uns zurückgelassenen Urkunden... zur Erwirkung des Eintrags des Vereins in das Genossenschaftsregister bei weitem nicht zureichen, da betrff. Gesetzbestimmungen so vielfältig“ seien.

Aus seinem Weg zur eingetragenen Genossenschaft war der Endinger Vorschussverein nicht mehr aufzuhalten. Kurz vor Weihnachten 1873 entsprach das aufgesetzte Vertragswerk endlich den geforderten Standards, konnten die Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen und ihnen verkündet werden:

„Der seit dem 11. Februar 1868 zu Endingen bestehende Spar- und Vorschußverein hat zufolge des Gesetzes vom 4. Juli 1868 & Gesetzes- und Verordnungsblatt vom Jahr 1870 Nr. 35 behufs Erwerbung der Rechte einer eingetragenen Genossenschaft, seine Statuten einer Revision unterworfen und folgenden als künftighin geltenden Genossenschaftsvertrag festgesetzt.“ Unter § 1 hieß es: „Die seither unter dem Namen „Spar & Vorschussverein Endingen“ bestehende Gesellschaft führt ihre Geschäfte ununterbrochen fort, unter der Firma „Volksbank Endingen. Eingetragene Genossenschaft.“

Damit war in jeder Hinsicht ein neues Niveau erreicht – selbst im Hinblick auf die neue, nach der Reichsgründung eingeführte Währung, die im Geschäftsalltag des Vorschussvereins bislang noch überhaupt keine Rolle gespielt hatte. Auf 300 Mark, so stand es in den neuen Statuten, war der Geschäftsanteil im Vertrag festgesetzt worden.



das alte (1870)



und das neue Geld (ab 1871)

Der Endinger Vorschussverein war im genossenschaftlichen System angekommen und erhielt nun automatisch, was man sich zuvor mühsam und über informelle Kanäle selbst hatte beschaffen müssen: die zum weiteren Geschäftsaufbau notwendigen „Instructionen“

wie jene über „das Sparkassengeschäft“ (1873) über „laufende Rechnung“ (1878) und über „das Vorschussgeschäft“ (1883).

Fazit und Ausblick

Fast fünf Jahre lang hatte die Reifezeit des Vorschussvereins gedauert, ehe aus ihm eine eingetragene Genossenschaft werden konnte. In dieser Zeit waren aus den blutigen Amateuren, als die ja seine treibenden Kräfte angetreten waren, Semiprofessionelle geworden, die sich sukzessive die zur Führung eines Bankinstituts notwendigen Kenntnisse angeeignet hatten. Trotz mancherlei Widrigkeiten hatten sie den Weg hin zur eingetragenen Genossenschaft beharrlich verfolgt und dabei schon früh eine Politik eingeschlagen, die dem Verein über die engen Grenzen Endings hinaus kontinuierlich neue Mitglieder zuführte, unbeeindruckt von der ökonomischen Macht des größten Arbeitgebers am Ort und den stets unzufriedenen Beamten der vorgesetzten Behörden.

Auch wenn Ende 1873 im Entwurf zum ersten gedruckten Rechenschaftsbericht noch eingeräumt werden musste: „Der niedre Gewinn rührt daher, dass das Geschäft bis jetzt noch mit zu wenig eigenem Capital betrieben werden musste u. durch die zwei letzten Missjahre die Schuldner mit den Zinsen zuweilen in Rückstand sind, da man auf die Zeitverhältnisse die größte Rücksicht nehmen musste“, so war die Hoffnung, dass es aufwärts gehen würde, mehr als berechtigt.

Schon im Jahr darauf ließ sich das gewachsene Vertrauen in die eingetragene Kreditgenossenschaft in Zahlen messen. Am 28. April 1874 verkündete der Geschäftsbericht für 1873 nicht ohne Stolz: „So können wir das abgelaufene Jahr mit Vergnügen als das Günstigste, zugleich aber auch das Wichtigste bezeichnen.“ Neben einer Verdreifachung des Gesamtumsatzes, einer Dividendenausschüttung von 10 % hatte sich der Reservefonds um 56 %, die Mitgliederzahl um die Hälfte vermehrt: „Im verflossenen Rechnungsjahr haben wir unser Geschäft derart ausgedehnt, dass wir unsern Mitgliedern Conto-Corrent eröffnet, und mit mehreren Bankhäusern in Wechselverkehr getreten.“

Knapp zehn Jahre später, im Mai 1882, fühlte sich der „Gesamtvorstand“ der Volksbank Endingen, e. G. sogar schon stark genug, zum „Unterverbandstag des Oberbadischen Unterverbandes der deutschen Genossenschaften“ einzuladen: „Selbstredend werden wir alles aufbieten, dass unsere Stadt gegenüber jenen Plätzen, in welchem die Versammlung schon getagt, in keiner Weise zurückstehe.“

Das deutlich gewachsene Selbstbewusstsein beruhte auf einer soliden Grundlage. Längst wurde die Endinger Volksbank von der Bevölkerung als „die Bank am Kaiserstuhl“ wahrgenommen – mit fast 600 Mitgliedern in mehr als 15 verschiedenen Gemeinden, was sich Ende 1882 auch in der ersten gedruckten und schon nach Orten gegliederten Mitgliederliste dokumentierte.

Dirk Schindelbeck, 2. Dezember 2009